

# Richter wird überprüft

## Republikaner-Kreisrat und seine Facebook-Nutzung

**Waghäusel/Karlsruhe** (str). Ist Republikaner-Politiker Rainer Haag aus Waghäusel für das Amt eines ehrenamtlichen Richters geeignet? Dieser Frage geht aktuell das Verwaltungsgericht Karlsruhe nach, wie ein Gerichtssprecher gestern auf Anfrage sagte. Hintergrund seien Veröffentlichungen auf Haags privater „Facebook“-Seite. Die interne Prüfung erfolge aufgrund eines Hinweises aus der Bevölkerung.

Um was geht es? Der Republikaner-Kreisrat ist seit Sommer 2015 ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht Karlsruhe. Ausweislich seines „Facebook“-Profils ist er ein häufiger Nutzer des bekannten sozialen Netzwerks. Dort teilt und verlinkt Haag öffentlich vor allem Beiträge von anderen Nutzern. Neben unverfänglichen Beiträgen sind aber auch etliche Bilder und Texte darunter, die möglicherweise nicht nur vom Verwaltungsgericht als problematisch empfunden werden. So teilte Haag Ende Januar öffentlich das Bild eines anderen „Facebook“-Nutzers, auf dem zwei Kampfhunde in aggressiver Haltung zu sehen sind. Beschriftet ist das

Bild mit den Worten: „Wir fressen nur Mett! Achmett, Mohamett, Mehmett ...“ Ebenso verbreitete Haag immer wieder massiv staatskritische Beiträge. Über einer Zeichnung des Berliner Reichstagsgebäudes steht die Überschrift „Diktatur-Zentrum-BRD GmbH für Irrsinn & Korruption“. Darunter heißt es „631 Systemmarionetten ruinieren skrupellos ein ganzes Volk“. Geprüft wird nun, ob das private Kommunikationsverhalten Haags mit seinem Ehrenamt als Richter vereinbar ist. Der Republikaner-Politiker war für Nachfragen der BNN bislang nicht zu erreichen.

Hintergrund: Das Verwaltungsgericht ist für Entscheidungen vieler Behörden zuständig. Laut Paragraph 24 der Verwaltungsgerichtsordnung kann ein ehrenamtlicher Richter dann entbunden werden, wenn er „seine Amtspflichten gröblich verletzt hat“. Über die Benennung entscheidet ein beim Verwaltungsgericht verorteter Wahlausschuss. Zur Wahl wurde vom Kreistag eine Liste mit 53 Personen gemäß dem Proporz der Sitzverteilung im Kreistag beschlossen, so das Landratsamt auf Anfrage.